

ContraSalon

Jürgen Wahl ☼ Mein politischer Privatbrief No 1 – 10.1.2009

werden ‚freie wähler‘ doch in die bundestagswahl eingreifen? ++ rainer wieland warnt prag ++ klaus-heiner lehne erlebte putsch ++ herbert reul gegen merkel-klischees + was hosni mubarak von hamas hält + wie bayern & seehofer ticken

Mitteilung: Im Europa-Wahljahr müssen wir alle damit rechnen, dass viele Medien nur widerwillig, gar nicht oder falsch aus der EU berichten. Deshalb werde ich bis zum Wahltag 7. Juni Europa weit nach vorn holen, dazu besonders auch alle CDU-Europa-Abgeordneten, die *ContraSalon* fördern

Wie sich die Brüsseler Kommission in der Gaskrise hochspielte und (fast) alle Medien routinemäßig hinter deren „Meldungen“ herliefen



GAZPROM - Chef A. Miller



Miller-Pate W. Putin



Ukraine-Chefin

*Denn Gazprom-Chef
Jurij Miller
hatte vor allem
das **Europaparlament**
als Bühne im Visier*

Julia Timoschenko

Für **Elmar Brok**, außenpolitischer Sprecher der transnationalen Partei EVP und Schwergewicht im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments, begann das neue Jahr mit einem **Anruf des Putin-Intimus und Gazprom-Chefs Alexej Miller (47)**. Der „imperialistische Gas-Absteller“ (Ukraine-Premier **Julia Timoschenko**) äußerte den Wunsch, das **Europäische Parlament mit einer Delegation zu besuchen**, „die Ihnen alles erklären könnte“, danach wolle man auch der EU-Kommission einen Besuch machen. Parallel agierten zu dieser Zeit schon an der Gas-Front Berlin und Paris, die tschechische EU-Präsidentschaft und hohe Beamte der EU-Kommission, die vor dem Winter mit Vorschlägen für eine integrierte europäische Energiepolitik scheiterten, vor allem an größeren Mitgliedstaaten. // Auf Brüsseler Seite agierten nach Brok die Vorsitzenden des Auswärtigen EP-Ausschusses, der Russland-Delegation des EP und der Ukraine-Delegation des EP, **Jacek Saryusz-Wolski (EVP-PL)**, **Ria Oomen (EVP-NL)** und **Adrian Severin (SPE-RO)**. **EP-Präsident Hans-Gert Pöttering** war sofort bereit, die Russen vormittags zu empfangen, auch die inzwischen angesagte ukrainische Delegation. Kommissionspräsident **J.M.Barroso** und sein Energie-Kommissar **Andris Piebalgs** (ein im Kreml als „Null“ angesehener Lette) richteten sich auf Gespräche am Nachmittag ein und verbreiteten vergebens, dass es **nicht** um eine „Streitschlichtung zwischen zwei Nicht-Mitgliedstaaten“ gehe, höchstens um „gegenseitige Information“. Inzwischen – auch **noch vor dem Eintreffen** der Gas-Streiter am 8.1. – war rund, dass **Angela Merkel**, abgestimmt mit dem Berliner AA, für „unabhängige Beobachter der EU“ sei, auszusenden so rasch als möglich an die neuralgischen Punkte der östlichen Gasleitung. Experten wussten, dass so etwas schon öfter vorgeschlagen wurde. Einer meiner Gesprächspartner in der Ukraine: „**We are not amused. Die Beobachter-Idee weckt den Verdacht, die Ukraine müsse überwacht werden wie der Libanon. Sie schiebt Souveränität beiseite – bei uns, nicht aber in Russland.**“ // Der Tag der Ankunft der Gas-Bosse begann mit einer Panne. Das Russen-Flugzeug kam wegen des Eiswetters zu spät in Brüssel an. Nur deshalb ging Miller **zuerst** zu Barroso. Die Europa-Parlamentarier hatten

zunächst nur ukrainische Ansprechpartner, die sogleich versicherten, Gas sofort wieder nach Westen zu liefern, wenn erst solches aus Russland herankomme. // Später verschränkten sich die Gespräche unter Beteiligung der zwei (miteinander so gut wie nicht sprechenden) Delegationen, der Kommission, des Parlaments und der Ratspräsidentschaft. Miller erklärte, die Beobachter würden reisen, und dann komme wieder Gas. Gazprom-Vize **Alexander Medwedew ließ widersprechen: „Ist noch nicht so weit.“** Die Ukrainer lehnten Russen als Mitglieder der Beobachter-Gruppe ab, offenbar ermutigt aus der Kiewer US-Botschaft. // Ich schreibe dies am 9.1.09 um 16.00 Uhr nieder nach einem neuen Kontakt mit Kiew, bei dem bekräftigt wurde, „dass es noch keinerlei Einigung gibt – weder auf Beobachter noch auf technische Fragen“ // Die Ukrainer sind überzeugt davon, dass die Russen in der ukrainischen Industrie spionieren wollen, US-Diplomaten stimmen ihnen zu. Bemerkenswert: Mitglied der ukrainischen Delegation war auch der besonders pro-amerikanische **Boris Tarasjuk**, Chef des Amtes für Europäische Integration, Mitgründer der Partei „Unsere Ukraine“, die **Mitglied der transnationalen EVP** ist.

Ich komme nun abschließend zu einigen weiteren Fakten, die in unseren Medien kaum oder gar nicht Beachtung fanden:

1. Miller (und Putin) hatten die Idee, vor allem direkt mit dem Europäischen Parlament zu sprechen. Aus der Sicht des Kreml ist es nach ihrer Meinung **„ein Nest voll gefährlicher Sympathie für die Ukraine“**. Miller dachte deshalb an ein „Hearing“ im Auswärtigen EP-Ausschuss, um dort „alles erklären zu können“, vor allem, dass die Ukraine am Gas-Streit schuldig sei. Sie zahle keine marktwirtschaftlich vertretbare Preise. Experten meinten, Miller und selbst Putin würden das Europäische Parlament zu hoch einordnen. EVP-Abgeordneten halten dagegen: **„Sie (die Russen) haben erlebt, dass wir uns mit unseren Kollegen in der Duma und im Kiewer Parlament weit öfter treffen als die Akteure der obersten Ebene.“** In jedem Fall wird in Brüssel hängen bleiben trotz der Falsch-Einordnung des Besuchs durch deutsche Medien, dass eine Großmacht wie Russland in einer veritablen Krise auf das Europäische Parlament zugegangen ist.
2. Die Regierung in Kiew, so höre ich, wolle und werde in Kernfragen nicht nachgeben. Das Land habe die **größten unterirdischen Gas-Lager Europas (40%)** und komme bis Ende April mit Gas aus. Sie befürchtet aber, dass es den Russen gelingen könnte, einen EU-Staat so zu erpressen, dass EU-Beschlüsse zur Hilfe (etwa für die Ukraine) wegen Ausfalls der nötigen Einstimmigkeit scheitern könnten. Man denkt offen an **Bulgarien**, dessen Energie-Lage eine Katastrophe sei. Außerdem habe kein EU-Land eine so alte pro-russische Tradition wie **Bulgarien**.
3. Zur Lage bei Gazprom höre ich: „Miller hat das volle Vertrauen von Putin für langfristige politische Strategien. Andere wie sein Vize **Medwedew haben die Gruppe der auf Gewinn geilen russischen Oligarchen am Hals**, die für gut Lieferbeziehungen eintreten und sogar Kritik an dem niedrigen Gas-Preis üben, den das gefügige Weißrussland im Unterschied zur Ukraine zahlen darf.“ Dass Putin und Miller machtpolitische Ziele verfolgen, entnehmen Analytiker auch dem Plan von Gazprom, im Ausland mehr Anteile an Gaskraftwerken und anderen Anlagen zu erwerben, **z.B. in Serbien**.



Herbert Reul MdEP

Herbert Reul MdEP, energiepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, hält Vorwürfe an die Kanzlerin, sie habe eine vereinte EU-Energiepolitik verhindert, für Unsinn: „Angela Merkel kennt den Ernst der Lage. Sie ist für **mehr Koordination** in Brüssel, für mehr langfristige Planung mit EU-Partnern und mit Drittländern. Aber sie will **Entscheidungskompetenz behalten und nicht der Bürokratie überlassen**.“ Das gelte ja schon im Inland. Ich fragte Reul, ob nicht im EU-Ministerrat für den Sektor Wirtschaft eine Art „**Energierat**“ als quasi Unterausschuss geschaffen werden könne. Reul spontan: „**Das ist eine gute Idee, ich kann mir so etwas vorstellen**.“ Am 9. Januar höre ich aus Brüssel, dass sich die Briten „einen Energie-Minister in jede EU-Regierung“ denken könnten.

Im Inland höre ich bei zwei Meinungsforschungsinstituten, die **Zahl der Kernkraft-Befürworter steige „sprunghaft an, rascher als ohnehin seit einem Jahr“**. Von Kollegen im Deutschland Radio höre ich, dass Grüne und SPD ein Neuorientierung in der Klima-Politik fürchten: 1. Ruf nach Schluss der Proteste gegen neue Kohlekraftwerke, 2. Tendenzen im DGB für ein Weiterlaufenlassen der deutschen KKW's. // Auf weitere Komplexe werde ich in der nächsten Ausgabe eingehen, z.B. auf den möglichen **rascheren Ausbau des Flüssiggas-Sektors**. Wie ich höre, sind im Augenblick schon 420 Gastransportschiffe im Bau oder geplant. Italien plant einen zusätzlichen Gas-Hafen. (Bald mehr dazu...)

Zu „Brüssel“ auch S. 5 WERKSTATT EUROPAS („Informelles“) lesen

Querschläger 2009: „Freie Wähler“ wollen bundesweit antreten

Regionale und neue Ideologen möchten die CDU aus der Mitte schieben und fesseln

Am **18. Januar** wählt Hessen neu. Der Tag war früher reichsweit „Kaisers Geburtstag“. Für den gleichen Tag planen etliche Gruppen der „**Freien Wähler**“ ein **Hamburg-Treffen**, um sich bundesweit **gegen „Merkel & Genossen“ (Bernd Gerber, Sachsen)** aufzustellen. **Guido Westerwelle** erfuhr als erster davon und stöhnte „Scheiße“ und „Ich kann es noch nicht glauben.“ // Ein passendes Polit-Model“ fanden die „Freien“, angeführt von bayerischen Ehrgeizlingen, **im entfernten Sommer 1969**. Damals trat die **NPD** gegen die Große Koalition **Kiesinger-Brandt** an und gewann bei der Bundestagswahl **4,3%**. Dadurch erst wurde der **„Machtwechsel“ zu einer SPD/FDP-Regierung möglich**. Wäre die NPD **über 5%** gestiegen, hätte man in Bonn die **Großkoalition fortsetzen** müssen, was z.B. Herbert Wehner erträumte. Und jetzt 2009? Vorturner der „Freien Wähler“ kalkulieren: **„Wir halten 1. die NPD und Lafontaine fern, 2. die SPD. Mit uns könnte die Union so koalieren wie die**



Hans-Olaf Henkel

CSU mit der FDP in Bayern. Oder sowohl mit uns wie mit der FDP. Links wäre am Ende.“ // In der realen Welt jedoch brüllen die 280.000 Mitglieder der freien Wählergruppen und ihr Bundesvorstand (5 Männer, 1 Frau, kein Mitglied unter 45) keineswegs täglich nach Bundespolitik, nicht einmal wöchentlich. Vielmehr sind es z.B. **frei jagende Rechtsliberale oder die Mäzene des Rechtsblatts „Junge Freiheit“, Altberlins „Konservative“ unter Heinrich Lummer und die noch neue, gegen Merkel gehässige „Zivile Koalition für Deutschland“ (Wilhelm Hankel, Arnulf Baring, Sven von Storch)**, welche die „Freien“ immer öfter anregen, miteinander in den Kampf zu ziehen **zwischen NPD und Union**. Zu diesem Zweck wurde von den Drahtziehern des geplanten Treffens in Hamburg der 1940 dort geborene **Hans-Olaf Henkel** als Redner gewonnen, Ex-BDI-Präsident, Professor seit 2000 in Mannheim, Mitglied von sechs Aufsichtsräten, in Talkshows oft redend wie Margaret Thatcher („Marktwirtschaft ohne Sozialklimbim“), erfolgreicher Buch-Autor, Leibniz-Verehrer. **Henkel ist parteilos und unterstützte 2005 bei der Bundestagswahl energisch die FDP**. Er wurde kürzlich gefragt, ob er nicht damit rechnen müsse, dass ihn das neue Bündnis zum Spitzenkandidat wählt. Er schwieg. // Wer macht sonst noch mit? Der „Lissabon“-Bekämpfer und Karlsruhe-Anwalt des CSU-Klägers **Peter Gauweiler, Prof Schachtscheider**. Man bemüht sich, so höre ich, um Prominente wie **Peter Scholl-Latour** („Bundeswehr, raus aus Afghanistan!“), den Ex-FAZ-Journalisten und Mitgründer der „Zivilen Koalition für Deutschland“, **Karl Feldmeyer** und **Beatrix Herzogin von Oldenburg**.

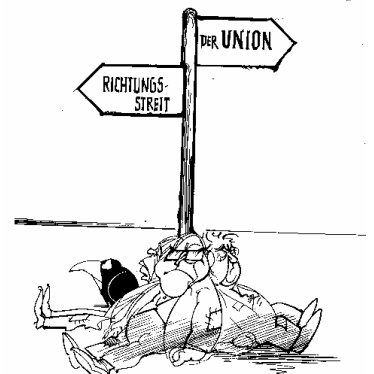
Da neuerdings auch mit drei Gruppen von **christlichen Lebensschützern** gesprochen wird, die sich **„Druck auf die Union“** wünschen, könnte eine **technisch denkbare** Liste aus „Freien Wählern“, Rechtsliberalen, Marktradikalen, Konservativen und religiösen Fundamentalisten auf dem Papier gelingen. **Doch in der praktischen Politik in Straßburg und Berlin?** Immerhin, wir kennen eine Zusammenstellung von Forderungen, über die jetzt diskutiert wird: „Weniger Brüssel, mehr Berlin!“ // „Volksbefragungen vor jeder neuen EU-

Erweiterung“ // „Kein Türkei-Beitritt zur EU“ // „Steuern runter für junge Familien“ // „Islamismus – raus aus unseren Gemeinden“ // „Entschädigung für Alt-Enteignete der DDR“ // „Stärkung der Gemeindefinanzen, weniger Geld in Länder-Hand“ // „Härter durchgreifen gegen Kriminelle, Ausweisung aller straffällig werdenden Ausländer“. // **Ob die „Freien“ schon für die Europa-Wahl antreten können, wird noch bezweifelt. Sie könnten es entscheiden am 3. März auf ihrer Bundesverbandstagung in Fallersleben**, welche die Hamburger „Testtagung“ auswerten kann.

Wichtig: Die „Freien“ sind stark nur in Bayern, Hessen, Sachsen und Baden-Württemberg. Dass ihnen andere Länder weitgehend fehlen, könnten sie bei der Bundestagswahl ausgleichen, **nicht aber bei der Europawahl**.

Plädoyer für ein unverfälschtes Seehofer-Bild

Horst Seehofer steht einfach mal konsequent in der Tradition Bayern gleich Strauß u.s.f.
Ein Teil der Berliner Medien-Macher hält bei der Beurteilung von **Horst Seehofer** eisern an vier falschen Bildern fest. 1. haben CSU-Chefs **konservativ** zu erscheinen. So weit rechts zu stehen, dass die NPD daneben ohne Chance ist. 2. sind CSU-Chefs **immer** gegen Linke, gleich ob SED, PDS oder SPD. 3. akzeptieren CSU-Chefs „**Brüssel**“ stets weniger als dies die CDU-Schwester macht. 4. lieben CSU-Chefs inbrünstig „**die**“ **Wirtschaft und machen lustlos Sozialpolitik**. // Seehofer liegt mehr oder weniger deutlich quer zu den vier angeblich so bewährten Einordnungen. Der Mann ist für Steuersenkungen und feiert die Rückkehr der Pendlerpauschale. Der Mann **wollte zunächst keine Festlegung auf eine FDP-Koalition** nach der Bundestagswahl, dann plötzlich doch. Was ist los? // **Gar nichts**, denn wer nur ein bisschen Ahnung von CSU-bayerischen Dogmen hat, weiß es: 1. 1966 drängelte niemand so stark in eine Große Koalition wie **Franz Josef Strauß**. Zwar auch aus persönlichen Gründen, doch noch mehr aus strategischen. Als dann die Regierung 1969 ins Gedränge kam, wollte er die Koalition mit der SPD fortsetzen „**so lange es nicht gelingen will, die FDP abzustechen**“. 2. Im Zentrum allen CSU-Führungsdenkens stand und steht die Furcht, unter 50% zu sacken und dazu noch die **Angst vor Flügel-Flattern**. Denn Rechtsparteien NPD und Republikaner hatten einst – nach ihrer Gründung – in Bayern Erfolge. 3. 1982 war Strauß voller Wut auf den Aufsteiger Kohl, der die FDP als Partner wollte und verhinderte, dass die **Genscher**-Truppe durch eine verfrühte Wahl verschied. Strauß setzte auf neue Alleinherrschaft der CDU/CSU, wie er früher er früher auf Große Koalition setzte. // Es ist jetzt logisch, dass Seehofer einen Wahlkampf CSU pur anstrebt. Und soll zugleich und täglich leuchtend **so sozial wie möglich** laufen. // Die deutschen Medien dürften nun spät zur Kenntnis nehmen, dass Seehofer schon **viele Jahre lang Vorsitzender der Sozialausschüsse der CSU** ist. Intern geht der Erfahrene noch weiter als öffentlich und sagt, alle Adenauer-Wahlsiege und auch die des Kanzlers Kohl seien „**nicht zuletzt durch Leute wie Hans Katzer und Norbert Blüm errungen worden**“. Und wie Strauß sagt Seehofer, „etwas mehr Verschuldung“ könne (auch jetzt) nicht schaden. An der Großen Koalition in Berlin ärgert ihn vor allem „**Kaputtsparer Steinbrück**“. // Ich teile die Seehofer-Position überwiegend nicht. Ich wünsche mir nur, dass sie cool analysiert wird und berücksichtigt, dass Bayern anders tickt..



Alter Hut: CSU contra CDU, Strauß vs. Kohl 1969

Nur eine Prager Panne?

Rainer Wieland, CDU-MdEP für Baden-Württemberg, leistete viel Vorarbeit zur Entschließung des Europäischen Parlaments für die **Gleichstellung von Deutsch mit Englisch und Französisch**. Wieland: „Abgesehen vom Grundsätzlichen gibt es schon Ärger mit Prag, denn die tschechische EU-Ratspräsidentschaft favorisiert seit Neujahr außer Tschechisch Englisch und Französisch. **Ich hoffe, es sind Startschwierigkeiten.**“

Rainer Wieland ▶



WERKSTATT EUROPA

„Informell“--- statt sogleich auf dem Fernsehmarkt

Das wirkliche Funktionieren Europas in der Praxis durch kluge Diskretion



„Larry“ Summers

► **Brok & Joschka.** Am 13. Dezember 08 kam **Elmar Brok MdEP**, ausenpolitischer Sprecher der EVP, müde zur Europakonferenz der NRW-CDU in Essen. Sein guter Grund: Er hatte gerade in Washington mit Präsident Elect Obamas **Ökonomie-Star Lawrence („Larry“) Summers** über Pläne des Bush-Nachfolgers gesprochen, die noch überwiegend geheim waren. Summers nannte die Milliarden-Summe des später noch ergänzten Anschub-Programms und kündigte an, was keiner vor ihm je tat: „**Wir machen das fertig bis ins Detail. Am 20. Januar wird der Boss vereidigt, am 21. 1. unterschreibe ich dieses Programm.**“ // Da war **Joschka Fischer** schlechter dran. Am 20.12. maulte er im SPIEGEL, „wen denn“ die Regierung zur Erkundung nach Washington geschickt habe, da sie ja offenbar das Finanzprogramm Obamas nicht kenne. **Er, Fischer, kenne es.** Und wusste dabei nicht, was Brok an der Quelle erfuhr. So geht es natürlich einer Opposition immer, aber jetzt auch regierendem **SPD-Personal** in Berlin. Politik vollzieht sich immer öfter „informell“. **Heute** kann ich das Beispiel Summers mitteilen, am 13.12. war es **erst „informell“**.

► **Bismarck & Kohl.** **Philipp von Bismarck**, CDU-Abgeordneter im Europaparlament und Sprecher der **Landmannschaft Pommern**, inzwischen verstorben, stand auch lange an der Spitze des CDU-Wirtschaftsrats. Das Verblüffendste an ihm: Bismarck zählte **auch in der Brandt-Schmidt-Periode** zu den offiziellen **Bonner Delegationen nach Polen**. Deshalb wussten wenige hohe Politiker in Warschau früh, dass Helmut Kohl die **Oder-Neiße-Grenze** für unverrückbar halten würde, käme es zur Einheit Deutschlands. Und ich hatte das Glück, mit Bismarck befreundet zu sein. „Informelles“ Wissen bei gleichzeitigem Leugnen dieses Wissens kann viel nützen. Bis die Zeit reif ist, diesen und jenen Deckel vom Pott zu nehmen.

♣ Vorgänge wie diese beiden **ärgern Historiker** ungemein, denn sie hängen an Dokumenten, offenen Quellen und willigen Zeugen. Das müssen sie einfach. Doch sie werden es damit in medienhysterischen Zeiten immer schwerer haben, denn „Informelles“ wird täglich wichtiger. Das Neueste: Ein Freund berichtete mir aus Amman: „Hier und bei fast allen Mitgliedern der arabischen Liga hofft man, **dass es Israel gelingt, die HAMAS und damit den Arm Teherans zu vernichten, und alle werden das öffentlich bestreiten.**“



Interview mit dem Klartexter Klaus-Heiner Lehne MdEP

Die renommierte „European Voice“ lobte, der Düsseldorfer CDU-Europa-abgeordnete lege sich gern „blockierend“ quer, wenn ihm Politik unsinnig erscheine. Wir sprachen mit dem Mitglied des EP-Rechtsausschusses

► **ContraSalon:** Gegen Ende der französischen Präsidentschaft (12/08) hat das Europäische Parlament das „Klimapaket“ durchgewinkt und Änderungsanträge kalt kassiert. Wie war das möglich?

► **Lehne:** Es war ein Putsch der so genannten „Konferenz der Präsidenten“ (Fraktionschefs) gegen die Geschäftsordnung, und der Beschluss des EU-Gipfels hat dann Gesetzeswirkung nur durch unsere Unterwerfungshaltung erhalten. Am nächsten Tag galt wieder die Geschäftsordnung – wirklich peinlich! Immerhin hat die Mehrheit unserer CDU/CSU-Abgeordneten gegen den Putsch gestimmt, doch wir fühlten uns ein wenig wie die Freunde in Berlin, die leider oft Erzeugnisse der Großen Koalition durchwinken müssen.

► **ContraSalon:** In Berlin dauert noch immer das Ringen mit den Steuern an. Sie sind bekannt als Gegner steiler Progression zu Lasten kreativer Leute. Was sollte geschehen?

► **Lehne:** Jeder zahlt Spitzensteuer, wenn er das 1,8-Fache des deutschen Durchschnitts verdient. Wer nur knapp höher liegt, kommt mit Sozialabgaben pp auf bis zu 75% Abgaben. Das muss endlich korrigiert werden statt über Konsumgutscheine zu reden, Prämien für umweltfeindliche Altautos oder auch nur über marginale Änderungen der Progressionskurve.

In unseren Medien oft fehlende Dokumente zur Aufrüstung der HAMAS

Wer Interesse hat: Israel hält im **Internet** bereit (mit Stand 2008) Stand der Hamas-Rüstung, Waffen-Herkunft, Standort-Karten in Gaza bzgl. Lagerung und Produktion, Namen Offiziere, Ausbildungsstätten. Oft mit detaillierten **ARABISCHEN Quellen bei Fotos und O-Ton**, besonders von arabischen TV-Stationen wie dem unabhängigen *El Shasira* 51 Seiten, DIN-A-4, ENGLISCH



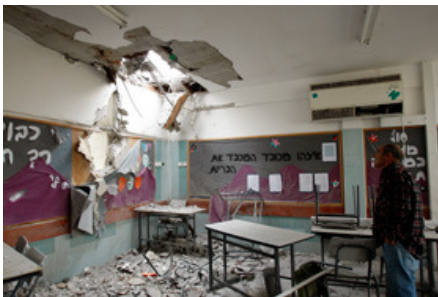
news@terrorism-info.org.il

Ich hörte im Fernsehen von ARD und ZDF nicht –

- dass die Grenze zwischen Gaza und Ägypten seit dem 4.1. dichter und länger geschlossen ist als die Übergänge zwischen Gaza und Israel,
- dass es loyale und seriöse UN-Helfer gibt, aber auch UN-Funktionäre von New York bis Israel, die jetzt eine neue Politik-Konferenz in Durban vorbereiten, die Israel WIEDER EINMAL als „faschistisch und rassistisch“ verurteilen soll,
- dass israelische Soldaten vor drei Jahren bei der Räumung Gazas durch Israel 400 von 8000 Siedlern mit Gewalt und zum Teil in Handschellen entfernten,
- dass Staatspräsident Hosni Mubarak seit dem Wahlsieg der Hamas in Gaza verlangt, die vertriebenen Polizisten der Autonomie-Behörde und die UN-Soldaten wieder an die Grenze bei Rafah zu stellen, andernfalls er mit der Hamas „niemals“ sprechen werde,
- dass im Herbst 2007 aus dem Innenhof der jetzt angeblich angegriffenen UN-Schule geschossen wurde, dass die UN die davon existierenden Filmaufnahmen anerkannte und der UN-Generalsekretär die Hamas in der Sache öffentlich verurteilte,
- dass die Israelis in 150.000 Fällen Einwohner in Gaza anriefen und über drohende Angriffe 24 Stunden vorher warnten, wobei etwa 25% den Anruf annahmen,
- dass in der ersten im Kampf getroffenen Moschee noch eine ganze Nacht Munition explodierte, was im arabischen Fernsehen gezeigt wurde und dass dies in einer zweiten Moschee geschah,
- dass seit vielen Jahren in allen UN-Berichten gesagt wird, die Masse der Kinder, die Steine auf israelische Soldaten werfen, „zwischen etwa acht und 13 Jahre alt“ seien, während die UN jetzt Opfer „bis 18 Jahre“ nur als Zivilopfer einordnet, als nicht kämpfend,
- dass die Grenze zwischen Gaza, Israel und Ägypten auf ägyptischen Landkarten als „Waffenstillstandslinie von 1950“ eingetragen sind, mithin nicht als völkerrechtlich gültig,
- dass ein Vertreter der UN (UFP Programm) am 31.12. in Gaza erklärte, ihre Lebensmittellager seien voll, aber es werde zu wenig verteilt oder nur an Kämpfer,
- dass allein die Saudis am 5.1. 25 Tonnen Medizin nach Gaza schafften, am nächsten Tag weitere 20 Tonnen mit Flugzeugen, die auf dem Rückflug Verwundete mitnahmen. Es wurde im saudischen TV ein Film gezeigt,
- dass jordanische LKWs seit dem ersten Tag Hilfsgüter durch Israel nach Gaza bringen,
- dass die Hilfsgüter aus Katar und der Türkei zunahmen, ohne erwähnt zu werden,
- dass die Erschießung eines ägyptischen Offiziers an der Grenze zu einem Nachtgefecht mit Hamas führte,
- dass Experten, die im Südlibanon militärische Befestigungen unter Häusern und Schulen bauten, seit 2 Jahren in Gaza Berater sind,

- dass am 6.1. die Zwischenbilanz des Transports nach Gaza aus Israel 6.500 Tonnen betrug, dass mehr als 20 Wagen Öl und Benzin fuhren, dass die Stromlieferungen aus Bersheva (Israel) nach Gaza und aus Ägypten nur kurz unterbrochen wurden und die Bilder vom „stockdunklen“ Gaza nur berechnete Angst vor den Israelis und ihren Ortungsmöglichkeiten ausdrückt,
- dass am 7.1. 215.000 Liter Diesel für das Gaza-Kraftwerk aus Israel kamen, weitere 93000 Liter für UN-Einrichtungen und 20 Tonnen Kochgas für Krankenhäuser und Private,
- dass die Hilfe der Saudis inzwischen 3 Millionen € erreichte, die der Libyer (mit zunächst 1 Schiff über den Hafen El Arisha, 15 Minuten von Rafah) 450 Tonnen. Ein 2. Schiff kam heute. Demgegenüber hat die Hilfe der EU bis zum 8.1. einen Wert von 4.6 Mio €. (Sender Al Jazeera),
- dass in Teheran (!) die Herausgeber einer kleinen Zeitung zu Gefängnis verurteilt wurden weil sie gedruckt hatten, Hamas und nicht Israel habe den neuen Konflikt ausgelöst „durch Abschießen von mehr als 10.000 Raketen auf Israel in acht Jahren“,
- dass die Hamas zu Beginn der Kämpfe aus einem ihrer Gefängnisse mehr als 200 Kriminelle entließ, doch rund 50 Anhänger der Fatah und der Autonomiebehörde eingesperrt ließen, obschon gleich nebenan ein Waffenlager war.

Ich weiß aus eigener Erfahrung. Krieg macht brutal. Die Israelis haben sich in dem seit 1948 währenden Kampf mit Schuld beladen, also nicht einseitig ihre Gegner. Aber **wir** sind nun Zeuge eines neuen Kampfes in den Medien, und ich verlange wie meine Kollegen in Israel nur, dass in Deutschland alles bekannt werden kann, was von New York bis Riad bekannt wird, auch in Paris oder London. Und ich stimme meinem Kollegen Jörges vom STERN zu, wenn er meint, es werde ein Stellvertreterkrieg gegen den Iran geführt, ohne den die Hamas ein Tennisclub sein könnte. Deshalb heuchelt der SPD-Spitzenkandidat, denn er kann nichts erreichen. Ich aber bin traurig, nur beten zu können.



Links Raketen-Treffer in Sderot



*Übergang Erez
Rechts: Hilfsgüter vor der
(schwierigen) Verteilung*

*Aus einer Sendung
des HAMAS-
Fernsehens:
Die Juden sollen
Gewalt spüren*



**Jürgen Wahl, - Seibachstraße 6 - 53343 WACHTBERG // Tel. 0228 – 324381
e-mail: post@jwahl.de**

**SPENDEN: Konto 101 40 30 17 BLZ: 370 69 805
VOLKSBANK WACHTBERG**